

blick nach

Aufklärung über rechtsextreme Aktivitäten: 20. Jahrgang, Nr. 17, 21. August 2003

A 13861

rechts

Einblicke

Grenzen des Rechts

Von Tomas Sager

Der Wunsiedel-Aufmarsch wird zum braunen Kult. Der nächste ist schon für den 21. August 2004 angekündigt. Rieger und Co. können jubilieren. Aber damit wird erneut die Frage aufgeworfen, wo das Demonstrationsrecht Grenzen hat. Die Juristen des Landratsamtes Wunsiedel und die Richter des Verwaltungsgerichts Bayreuth meinen, dass diese Grenzen überschritten sind, wenn einer der führenden Köpfe des Nationalsozialismus verherrlicht wird – und damit das Nazi-Regime überhaupt. Zur allgemeinen Überraschung hatte diesmal auch der Bayerische Verwaltungsgerichtshof, der im vorigen Jahr noch grünes Licht für die Wunsiedel-Aktion gegeben hatte, an dieser Argumentation nichts auszusetzen.

In diesem Jahr war es das Bundesverfassungsgericht, das den Weg für die Neonazis frei machte: Die Karlsruher Kammer sah keine hinreichenden Anhaltspunkte für Verstöße gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung – und erlaubte die Provokation. Die Verherrlichung von Nazigrößen wie Heß wird für Karlsruhe zu einer x-beliebigen Meinung, die unter dem Schutz des Grundgesetzes steht. Da ist es nicht bloß Polemik, wenn Wunsiedels Landrat Peter Seißer sagt, wenn die Verfassungshüter den Aufmarsch für Heß zulassen würden, könnten sie auch eine öffentliche Hitler-Gedenkfeier nicht beanstanden.

Gefragt ist nicht der Ruf nach einer Verschärfung des Versammlungsrechts, wie er von Bayerns Innenminister Beckstein zu vernehmen ist. Gefragt ist eine Besinnung auf Entstehungsgeschichte und Inhalte des Grundgesetzes, das auch eine klare Absage an das ist, was die Nazi-Diktatur ausgemacht hat. Es klingt banal: Was Neonazis verbreiten, ist menschenfeindlich, rassistisch, antisemitisch und widerspricht der Verfassung fundamental. Dass Bayerns Verwaltungsgerichtshof diese Meinung inzwischen teilt, ist erfreulich. Dass Karlsruhe daraus keine Konsequenzen zieht, ist tief traurig.
Tomas Sager ist Journalist und lebt im Ruhrgebiet

Brauner Ungeist

Über 3500 Neonazis versammelten sich zum – erlaubten – Gedenken an Rudolf Heß in Wunsiedel.

Seite 3 ■

Hetze gegen Ausländer

Rechtsextremisten machen Stimmung gegen Flüchtlingsheime in Mecklenburg-Vorpommern.

Seite 4 ■

Aufpeitschende Musik

Beim NPD-Pressesfest wurde ein Kameramann krankenhaushausreif geschlagen.

Seite 5 ■

Gemeinsamer Feldzug

Eine Tagung des NRW-Verfassungsschutzes über die „Neue Rechte“ bringt Ultrarechte bis hin zu CDU-Abgeordneten auf.

Seite 6 ■

Grausame Repressalien

Auf die Abkehr Italiens vom Faschismus vor 60 Jahren antworteten die Deutschen mit bestialischem Gemetzel.

Seite 10 ■

Meldungen

Seite 14 ■

blick nach **rechts**

Herausgeber: Institut für Information
und Dokumentation e.V.

Für den Vorstand: Helmut Löhöffel
Redaktion: Gabriele Nandlinger

Seitenblick**Randphänomene**

Vom „Aufstand der Anständigen“ gegen rechte Gewalt im Sommer 2000 ist drei Jahre später nur noch wenig zu spüren.

War da mal was? Vor drei Jahren, wenn die Erinnerung nicht täuscht, gab es in der Bundesrepublik reichlich Aufregung. Medien und Politiker und dann auch 200 000 Demonstranten vor dem Brandenburger Tor in Berlin protestierten gegen Rechtsextremismus, Rassismus, gegen Hass auf Juden und den schlimmsten Auswuchs der Ressentiments, die zahllosen Gewalttaten kurzhaariger Schläger. Für die plötzlich im Sommer 2000 ausgebrochene, landesweite Empörung prägte der Bundeskanzler sogar ein Motto: Mit einem „Aufstand der Anständigen“ sollte der braune Ungeist bekämpft und zurückgedrängt werden. Und wie sieht es heute aus, drei Jahre später? Die Antwort ist, allein beim Blick auf Brandenburg und Berlin, deprimierend.

Einige Meldungen, nur aus dem Juli: In Potsdam wird eine Afrikanerin von einem jungen Rassisten geschlagen. Ebenfalls in Potsdam traktieren Rechtsextremisten drei ausländische Offiziere mit Schlägen und Tritten. In Berlin dreschen junge Männer mit Billardstöcken auf Vietnamesen ein. In Schwedt foltern Rechtsextremisten stundenlang einen 16-jährigen Schüler. Und so weiter.

Der Aufstand gegen den Anstand geht weiter, mit unverminderter Brutalität. Vom Aufstand der Anständigen hingegen ist fast nichts mehr zu spüren. In Medien und Politik werden rechte Gewalt und rassistische Schikanen meist nur noch als Randphänomene behandelt. Seit dem 11. September erscheinen sie noch kleiner, angesichts der monströsen Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus. Die Bundesrepublik ist offenkundig wieder da, wo sie vor dem Sommer 2000 war: In einem Zustand des Wegsehens, der Gleichgültigkeit und der Gewöhnung an den täglichen Angriff auf Menschenrechte. Im eigenen Land.

Das Scheitern des Aufstands der Anständigen ist wenig überraschend. Der plötzliche Ausbruch der Empörung im Sommer 2000 war weitgehend eine überhitzte Reaktion auf den vagen Verdacht, Neonazis hätten den Anschlag auf zum Teil jüdische Aussiedler in Düsseldorf verübt. Das Verbrechen

ist bis heute nicht aufgeklärt. Doch Politik und Medien pumpen mit jeder neuen Meldung über rechte Gewalt eine Hysterieblase auf, die Ende November 2000 platzte. Die Horrorberichte vom angeblichen Rassistenmord an einem kleinen Jungen in Sebnitz stimmten nicht, viele Zeitungen und Sender hatten sich blamiert. Auf einmal war die Empörung über rechte Gewalt out.

Bis auf wenige Ausnahmen mündete der Aufstand der Anständigen in den Medien nicht in den Versuch, eine kontinuierliche Berichterstattung über die anhaltenden Gewaltexzesse und grassierenden Ressentiments aufzubauen. In der Politik sah es kaum besser aus. Hektisch wurden Programme „gegen Rechts“ aufgelegt, oft ohne nachhaltige Konzepte und finanziell nur unzureichend gesichert. Das Kampagnenfieber führte dann auch zum größten Desaster, das die Bundesrepublik im Kampf gegen den Rechtsextremismus jemals erlebt hat: Vor dem Bundesverfassungsgericht scheiterte im vergangenen März der Antrag von Bundesregierung, Bundestag und Bundesrat, die NPD zu verbieten. Ein populistisches Abenteuer, zudem schlecht vorbereitet, fand ein blamables Ende.

■ Hysterie ist keine Basis für den Aufbau von dauerhaftem Engagement ■

Die positiven Folgen des Aufstands der Anständigen sind rasch aufgezählt. Es gibt seit dem Jahr 2000 ein paar Initiativen mehr gegen Rechtsextremismus und Rassismus, trotz aller Schwierigkeiten. Der Bundestag beschloss einen Härtefallfonds für Opfer rechter Gewalt. Die Innenminister verordneten der Polizei eine überfällige Reform: Mehr Delikte, also auch Skinhead-Überfälle auf Obdachlose, gelten nun als politisch motiviert. Und die offizielle Zahl der Todesopfer rechter Gewalt seit der Einheit wurde – bescheiden – nach oben korrigiert.

Ein neuer „Aufstand der Anständigen“ ist nicht in Sicht. Das ist vielleicht auch besser so. Hysterie ist keine Basis für den Aufbau von dauerhaftem Engagement für demokratische Werte und gegen rechte Menschenverachtung. Doch wo ist der Widerwille gegen Rechtsextremismus und Rassismus geblieben, der damals das ganze Land zu erfassen schien? War der Protest wirklich nur eine x-beliebige Modeerscheinung der Mediengesellschaft und nicht der Anfang einer dauerhaften, stärkeren Gegenwehr? Es scheint fast so. Der braunen Szene ist es recht.

Frank Jansen

Aktivitäten

Braunes Spektakel

Unter dem Schutz von deutscher Justiz und 1000 Polizisten versammelten sich mehr als 3500 Neonazis in Wunsiedel. Der Aufmarsch war zuvor höchststrichterlich genehmigt worden.

Das verschlafene Fichtelgebirgs-Städtchen Wunsiedel ist spätestens seit diesem Jahr zum Wallfahrtsort für Rechtsextremisten in ganz Europa geworden. 1987 wurde der Hitler-Stellvertreter und Szene-Märtyrer Rudolf Heß in Wunsiedel begraben. Zum Gedenken an seinen Todestag trafen dort am Samstag, den 16. August, über 3500 militante Neonazis aus der Bundesrepublik, Spanien, Belgien, Frankreich, Italien, Großbritannien, Schweden, Dänemark, Tschechien, Österreich und der Schweiz zusammen. Es war die größte Neonazi-Demonstration seit Jahren. Erschreckend ist die Tatsache, dass es sich hierbei fast ausschließlich um Anhänger des nationalen Kameradschaftsspektrums handelte, von der NPD waren nur wenige dem Aufruf gefolgt. Ansonsten hätte es womöglich noch zur doppelten Stärke kommen können.

■ **Kein Schulterschluss mit der NPD** ■

Wenige Tage zuvor, am Donnerstag, den 14. August, hatte das Bundesverfassungsgericht die Verbotsverfügung des Landratsamtes Wunsiedel und des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs aufgehoben und die Demonstration ermöglicht. Unter der Führung des Hamburger Neonazi-Rechtsanwaltes Jürgen Rieger und der Aktivistin der „Freien Kameradschaften“ Inge Nottelmann startete die braune Großveranstaltung am Samstag morgen unter anderem mit Einlagen von zwei rechtsextremen Liedermachern. Der eine, „Manuel“, spielte den Song „Tomorrow belongs to me“ der Skinhead-Kultband „Skrewdriver“. Ferner gab es eine Grußbotschaft des inzwischen verstorbenen Heß-Sohnes Wolf-Rüdiger sowie Grußworte der vielen internationalen Neonazi-Abordnungen.

Auffallend war die starke Präsenz der italienischen „Veneto Fronte Skinheads“, einer Gruppe, die vor allem Rechtsrock-Konzerte veranstaltet und als militant bekannt ist. Ein Vertreter der „Nordischen Widerstandsbewegung“ fand besonders scharfe Wor-

te und der niederländische NVU-Chef Constant Custers bekam viel Beifall.

Die freie Nationalistin Daniela Wegener aus Nordrhein-Westfalen durfte nicht nur beim Ordnerdienst helfen, sondern auch neben Jürgen Rieger Zitate aus den Briefen von Rudolf Heß vorlesen. Diese behandelten natürlich das Thema Kindererziehung in Deutschland. Zwar fielen in diesem Jahr besonders die vielen weiblichen Helferinnen auf, aber das freie Wort ergreifen durften sie auch hier nicht.

Vermutlich aufgrund der internen strategischen und persönlichen Auseinandersetzungen nahmen in diesem Jahr Kameradschaftsführer und Demo-Größen wie Steffen Hupka, Christian Worch und Thomas „Steiner“ Wulff nicht teil. Von der NPD-Bundesführung soll nach Angaben der Veranstalter nur der Vize Holger Apfel anwesend gewesen sein. Es gab Banner der „Kameradschaft Tor Berlin“, „Gemeinschaft deutscher Osten“, des „Kampfbund deutscher Sozialisten“ und des „Freundeskreis Nationaler Politik“. Aber von einem Schulterschluss zwischen Kameradschaftsaktivisten und NPD, wie immer wieder angekündigt, konnte in diesem Jahr in Wunsiedel nicht die Rede sein.

■ **Christian Worch nicht dabei** ■

Laut Mitteilung des Pressesprechers der Polizeidirektion Hof gab es 67 kurzzeitige Festnahmen, überwiegend wegen des Tragens verfassungsfeindlicher Kennzeichen und des Mitführens von gefährlichen Gegenständen. Eine der interessanten Demonstrationsauflagen für die Rechten besagte: „Aus dem Aufzug heraus darf nicht fotografiert werden.“ Darüber waren die Organisatoren um Inge Nottelmann besonders verärgert, denn in diesem Jahr hatte es zum ersten Mal vorsichtige Widerstandsversuche der örtlichen Jugend gegeben. Überall auf der Marschroute hingen bunte Transparente mit Sätzen wie „Bunt statt Braun“. Zur Gegenkundgebung waren nur 400 Teilnehmer erschienen.

Die eingesetzten Polizeikräfte achteten streng auf die Einhaltung dieser Auflage und griffen sich immer wieder fotografierende Neonazis aus dem Zug heraus. Doch den Rechten war ihre triumphierende Laune nicht zu verderben. Unter dem Schutz von deutscher Justiz und 1000 anwesenden Polizeibeamten schwangen sie sogar ein (entwendetes) Transparent der Grünen Jugend „Nazis (un-)willkommen“ und niemand schritt ein. *Andrea Röpke*

Aktivitäten**„Bürgerproteste“**

Rechtsextremisten wollen Asylbewerberheime in Mecklenburg-Vorpommern verhindern. Der Wolgaster Bürgermeister lässt sich nicht einschüchtern

Die Botschaft ist eindeutig: „Lichtenhagen, Solingen, Mölln, Wolgast?“ haben Unbekannte in Schwarz an den leer stehenden Plattenbau im Wolgaster Hafen gesprüht. Geht es nach den Behörden in Schwerin und dem Landratsamt Ostvorpommern, sollen in das ehemalige Verwaltungsgebäude neben der Peenewerft knapp 150 Asylsuchende einziehen. Noch leben sie mitten im Wald in einem Heim auf der Insel Usedom und in einer baufälligen Möbelfabrik im nahen Anklam. Mit dem zum Jahresende geplanten Umzug der Flüchtlinge erfüllt der Landkreis Ostvorpommern den so genannten Heimerlass der Landesregierung in Schwerin.

Im Juli 2001 beschloss die Schweriner Landesregierung, die so genannten „Dschungelheime“ zu schließen, in denen Asylsuchende fernab von Einkaufsmöglichkeiten, Schulen und Rechtsberatungen in ehemaligen NVA-Kasernen und Baracken untergebracht sind. Die Landesregierung will so die Flüchtlinge besser integrieren. Nun wird eine Hand voll neuer Flüchtlingsheimstandorte in Mecklenburg-Vorpommern gesucht, denn von insgesamt 58 Heimstandorten sind zehn bis zwölf zur Schließung vorgesehen. Seit knapp eineinhalb Jahren fahnden die Landratsämter daher nach neuen Heimstandorten. Dies führt jedoch vielerorts zu Protesten von Bürgern und Neonazis.

In Wolgast, sagt SPD-Bürgermeister Jürgen Kahnel, würden die Flüchtlinge nur von wenigen Rechtsextremisten aus dem Umfeld der NPD abgelehnt. Sie tarnen sich als Bürgerinitiative „Schöner Wohnen in Wolgast“ und haben knapp 280 Unterschriften gegen das Heim gesammelt. Weniger bürgernah gibt man sich auf der Website der NPD-Ostvorpommern. Hier finden sich Fotos des künftigen Flüchtlingsheims mit detaillierter Anfahrsbeschreibung. Rechtsextremismusexperten sehen darin eine kaum verhüllte Aufforderung zu Gewalttaten. Es sei kein Zufall, „dass die Parole am zukünftigen Heim auf die rassistischen Pogrome in Rostock-Lichtenhagen und die tödlichen Brandanschläge gegen Migranten in Mölln und Solingen an-

spielt“, sagt Günther Hoffmann vom Verein „Bunt statt Braun“ in Anklam.

Der Verein versucht, die schwierige Suche des Landratsamts nach einem Heimstandort zu unterstützen. Doch mit seiner antirassistischen Öffentlichkeitsarbeit befindet sich „Bunt statt Braun“ oft in der Defensive. Zum Beispiel in der 2400-Einwohner-Gemeinde Ducherow, wo die Flüchtlinge ursprünglich in eine leer stehende Hotelruine einziehen sollten. Daraufhin drohten die 400 Besucher einer Bürgerversammlung mehrheitlich den anwesenden Kreistagsvertretern von PDS, CDU und SPD an, man werde sie „komplett abwählen“, wenn sie den Plänen von PDS-Landrätin Barbara Syrbe zustimmen und für den Zuzug der Flüchtlinge votieren würden. Argumentiert wurde wahlweise mit „Afrikanern, die unsere Behinderten mit Messern angreifen“, oder „den Rechten, die dann hier Krawall machen“.

Nachdem das Landratsamt klein beigab, standen die Städte Wolgast und Anklam zur Wahl. Dort sammelte ein Diskothekenbesitzer 1200 Unterschriften gegen die angekündigten neuen Nachbarn, und Neonazis verteilten Flugblätter gegen „die Asylanflut“. Dabei machen Migranten und Flüchtlinge in der Region weniger als zwei Prozent der Gesamtbevölkerung aus.

Wolgasts Bürgermeister Jürgen Kahnel dagegen erhofft sich von dem Heim „einen positiven Effekt“ für seine Stadt. Die Asylsuchenden würden ihre Einkäufe schließlich vor Ort tätigen. Kahnel betont, Wolgast sei „weltoffen“. Man werde sich nicht einschüchtern lassen. Jetzt müsse lediglich noch über die Miethöhe für das leer stehende Verwaltungsgebäude mit der Peene-Werft Einigung erzielt werden.

Heike Kleffner

Hinweis

Berlin – Auf einer Veranstaltung am 8. September in Berlin wird das Konzept „Subversive Verunsicherungspädagogik“ für die Arbeit mit rechtsextrem orientierten Jugendlichen vorgestellt und diskutiert. Im Vordergrund steht dabei die Auseinandersetzung mit der Ideologie und den daraus begründeten Verhaltensweisen rechtsextremer Jugendlicher, die – neben notwendigen Grenzziehungen – nicht grundsätzlich ausgegrenzt werden sollen. Kontakt: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft; Tel. 030/26953-832, Fax -/26935-858; E-Mail: nora.jensen@fes.de

Aktivitäten**Hasserfüllte Parolen**

An die 2000 Teilnehmer fanden sich bei NPD-nahem Pressefest in Meerane ein. Liedermacher Frank Rennieke hetzte und peitschte sein Publikum auf.

„1:0 für Deutschland“, unter diesem Motto feierte der NPD-nahe Deutsche Stimme-Verlag sein dies-jähriges Pressefest in der idyllischen sächsischen Kleinstadt Meerane. Siegesicher und selbstbewusst traten die Organisatoren Jens Pühse und Holger Apfel vor ihre Gäste, niemand hatte ihre Veranstaltung aufhalten können. Bürgermeister Lothar Ungerer, den die Neonazis als „hasserfüllten Bürgermeister“ beschimpften, bemühte sich tagelang, das braune Treiben zu verhindern, letztendlich ohne Erfolg. Verbittert stand er auf der abgesperrten Straße und beobachtete, wie sich die Weide hinter dem Viersterne-Hotel mit immer mehr Neonazis füllte. Die Zwickauer Polizei ging an dem Tag zwar von über 2000 rechten Besuchern aus, nahm die Rekordzahl jedoch nicht zum Anlass mehr Präsenz zu zeigen – zeitweilig waren überhaupt keine Uniformierten auf dem Festplatz zu sehen. Bürgermeister Ungerer kann den Hotelier Andreas Barth nicht verstehen: „Geschäfte mit der NPD – das macht man einfach nicht“.

■ Brutaler Angriff auf einen Kameramann ■

Der Eintritt zum „Pressefest“ kostete 15 Euro plus einer „Zwangsgebühr“ für Parkplätze. Die Rechten zahlten und bevölkerten die Veranstaltungswiese mit der großen Bühne, auf der sich bei 40 Grad Hitze diverse Liedermacher leidlich abmühten. Schnell bildeten sich Schlangen an den Bierständen oder vor dem vom NPD-Pressesprecher Klaus Beier moderierten „Riding Bull“.

An den Verkaufsständen vor und im kleinen Saal des Hotels drängelten sich die Gäste, besonders begehrt waren die bedruckten T-Shirts von Jens Pühse Versand, im Ausverkauf für nur 13 Euro. Die älteren Damen im Dirndl von der Jungen Landsmannschaft Ostpreußen warteten innigst auf den sächsischen Vorsitzenden Alexander Kleber, „der kommt gleich“, und junge Helfer karrten immer neue Aufkleber und Broschüren ran. Peter Nau-

mann verkaufte Bücher, die Deutsche Partei fand besonders viel Anklang und „der Fahnenträger“ des „nationalen und sozialen Aktionsbündnis Mitteldeutschland“ sei noch druckfrisch verkündete der junge Verkäufer.

Viele der überwiegend glatzköpfigen Besucher des NPD-Festes schleppten Plastiktüten mit Klamotten und Lesematerial raus und kaum einer hörte zu, als das grün-braune Urgestein Baldur Springmann seine Endlosrede hielt.

Die Podiumsdiskussion zum Thema „Demonstrationen – Ein wirksames Propagandamittel für den nationalen Widerstand?“ interessierte dann doch viele, vor allem die älteren Besucher. Auch die NPD-Abweichler Günter Deckert und Peter Borchert durften mitdiskutieren. Draußen spielte derweil Liedermacher Frank Rennieke und es wurde immer enger auf der Tanzfläche. Rennieke hetzte und peitschte seine Zuhörer mit hasserfüllten Parolen gegen politische Gegner, den demokratischen Staat und Journalisten auf.

So war es auch kaum verwunderlich, dass es zu Brutalitäten gegen einen Kameramann kam, obwohl er von zwei uniformierten Polizisten begleitet worden war. Er musste mit schweren Verletzungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden, der Täter konnte entkommen. Den NPD-Ordnern war der Vorfall eher peinlich, die NPD-Spitze ignorierte ihn. Der Deutsche Stimme Verlag dankte allen Teilnehmern sogar noch für ihr „diszipliniertes Auftreten“. Darauf sollten sie aber nicht allzu stolz sein, denn nach Angaben der Polizei wurden verbotene Messer, Schreckschusspistolen und CDs beschlagnahmt, insgesamt notierte sie 20 Straftaten.

Andrea Röpke

Hinweis

Berlin – Mit dem Themenbereich Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Europa will sich ein internationales Seminar für Lehrerinnen und Lehrer befassen, das die Friedrich-Ebert-Stiftung vom 19. bis 24. Oktober 2003 in Berlin durchführen wird. Behandelt werden soll dabei unter anderem die Situation in der Bundesrepublik, den Niederlanden, Belgien und in den EU-Beitrittsländern Polen und Tschechien.

Kontaktanschrift: Friedrich-Ebert-Stiftung, Landesbüro Berlin, Hiroshimastaße 17, 10785 Berlin, Tel. 030 /26935-835, Fax -/26935-849; E-Mail: JOACHIMM@fes.de

Ausland**Irving's „Legende“****Holocaust-Leugner vermarktet sein Werk**

Das Melbourne Underground Film Festival (MUFF) hatte geplant, David Irving's 80-minütigen Film „The Search for the Truth in History“ zu zeigen, in dem der britische Revisionist nach Angaben der Veranstalter den Holocaust, wie er in den Geschichtsbüchern gelehrt werde, als „Legende“ bezeichnet und die Ermordung von sechs Millionen Juden bestreitet. Der Ausstrahlung des Films sollte eine Liveschaltung zu Irving in die USA zur Diskussion folgen. Irving ist die Einreise nach Australien nicht gestattet (wie nach Deutschland und Kanada). Stunden vor der Ausstrahlung des Films am 10. Juli wurde die Show dann abgesagt.

Den umstrittenen Film hatte Irving 1993 in Reaktion auf ein Einreiseverbot nach Australien produziert. Gezeigt wird ein Monolog des Briten mit den üblichen „revisionistischen“ Aussagen. Die Textversion des Videos auf Irving's Webseiten offenbart einmal mehr dessen selbstgerechtes Pathos: „Die Freiheit der Rede ist für mich wichtiger als mein eigener Ruf. Sie ist wichtiger für mich als jede Art des persönlichen finanziellen Vorteils. Freiheit der Rede ist ein Ideal: ein Ideal, für das es wert ist, das eigene Leben zu geben und zu kämpfen.“

Irving residiert nach seiner Verfahrensniederlage gegen Deborah Lipstadt und Penguin Books im Jahre 2000 hauptsächlich in den USA (Key West, Florida) und erfreut sich hier größerer Beliebtheit. Zum fünften Mal findet vom 29. August bis 1. September im Marriott-Hotel in Cincinnati, Ohio, das so genannte „Real History“ Labor Day-Wochenende statt. Jeder Gast kommt dabei in den zweifelhaften Genuss einer Reihe von Vorträgen, wie der Australierin Kimberly Cornish zum Thema „Homosexuelle Verräter im britischen Geheimdienst im 2. Weltkrieg“, Paul Fromm zum Stand des Gerichtsverfahrens gegen Ernst Zündel und zwei Vorträgen von Irving, unter anderem zu seinen gegenwärtigen Arbeiten zu Himmler und Churchill. Bei der Anmeldung können sich die Teilnehmer für ein 135 Dollar teures Video der Veranstaltung vormerken lassen, das vermutlich ebenso wie der Verkauf von Büchern aus Irving's Verlag Focal Point Publishing Einnahmen für den offiziell bankrotten britischen Revisionisten erbringen könnte. T. G.

Hintergrund**Mobilmachung****Vertreter des extrem rechten und rechtskonservativen Spektrums ziehen gegen den NRW-Verfassungsschutz zu Felde.**

Seit knapp zehn Jahren nimmt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz jenes intellektuelle oder sich intellektuell gebende Spektrum unter die Lupe, das unter dem Sammelbegriff „Neue Rechte“ firmiert. Kampagnen aus dieser Richtung gegen den Verfassungsschutz waren die Folge. Die „Junge Freiheit“ beispielsweise, die seit 1994 regelmäßig in den Jahresberichten des Amtes auftaucht, zog gegen diese Erwähnung vor Gericht – und verlor. Überraschend kommt es also nicht, dass auch jetzt wieder – nach der Veröffentlichung der Studie „Die Kultur als Machtfrage – Die Neue Rechte in Deutschland“ und nach der Ankündigung einer Fachtagung zum Thema (BnR 16/03) – gegen den NRW-Verfassungsschutz zu Felde gezogen wird. Überraschend ist höchstens das breite Spektrum der Kritiker, das diesmal von ultrarechten Gruppierungen bis hin zu Blättern der Springer-Presse und zu CDU-Bundestagsabgeordneten reicht.

■ Die „Neue Rechte“ unter der Lupe ■

Den öffentlichen Startschuss zu der Kampagne gab Mitte Mai – wie könnte es anders sein – die „Junge Freiheit“ selbst. Unter dem Titel „Eigenartige Extremismus-Experten“ bezeichnete sie den Organisator der am 8. Oktober stattfindenden Tagung, den Politikwissenschaftler Thomas Pfeiffer, als „ausgewiesenen Linksextremisten“. Die Referentenliste der Tagung sei der „eigentliche Skandal“, schreibt JF-Redakteur Manuel Ochsenreiter, um dann fünf Referenten und dem Moderator der Podiumsdiskussion angebliche linksextreme Verstrickungen nachzuweisen. Dabei geht es der „Jungen Freiheit“ nicht darum, was Pfeiffer, die Politikwissenschaftler Christoph Butterwegge (Köln), Wolfgang Gessenharter (Hamburg), Thomas Grumke (Berlin), der Burschenschaftsexperte Dietrich Heitherr, der freie Journalist Anton Maegerle und Moderator Wolfgang Kapust (WDR) bislang zum Thema „Neue Rechte“ publiziert haben. Die Junge Freiheit interessiert vielmehr, wo sie dies irgendwann in der Vergangenheit taten, beziehungsweise in welchem Umfeld sie referierten.

Das Blättchen „eigentümlich frei“, das sich früher im Untertitel „Marktplatz für Liberalismus, Anarchismus und Kapitalismus“ nannte und sich heute weniger exponiert dem „Freisinn, Eigensinn, Eigentum“ verschreibt, legte nach. Die Verfassungsschützer mutieren schon im Titel eines Beitrags von „Kaspar Rosenbaum“ – ein Pseudonym, wie der Informationsdienst gegen Rechtsextremismus mutmaßt – zu „Gesinnungsterroristen“. Bei den meisten Referenten der Tagung handele es sich um „Rotfrontler mit besten Kontakten zur PDS oder DKP“, schreibt Rosenbaum. Wundern kann es nicht, dass „eigentümlich frei“ diese Position bezieht, ist das Blatt doch selbst ein Beispiel für die Querfrontstrategie neurechter Kräfte. Abgedruckt wurden in den letzten zwei Jahren unter anderem Beiträge von Manuel Ochsenreiter, Hans-Helmuth Knütter, Claus Nordbruch sowie ein Interview mit JF-Chef Dieter Stein. Und umgekehrt hat „eigentümlich frei“-Herausgeber und Chefredakteur Andre F. Lichtschlag in der „Jungen Freiheit“ veröffentlicht und dürfte sich auch persönlich getroffen fühlen, wenn die „Neue Rechte“ unter die Lupe genommen wird. Wundern kann es so auch nicht, dass das Blatt seinen Lesern vorenthält, wer außer den inkriminierten „Rotfrontlern“ sonst noch in Düsseldorf referieren wird: unter anderem Professor Kurt Sontheimer (München), Armin Pfahla-Traugber, wissenschaftlicher Mitarbeiter beim Bundesverfassungsschutz, Uwe Backes (TU Dresden) sowie NRW-Verfassungsschutzchef Hartwig Möller.

■ Knüppers Anti-Antifa-Schule ■

Kritik an der Veranstaltung findet sich auch auf Internetseiten, die eher der nicht-intellektuellen Variante der extremen Rechten zugeordnet werden können. So bei „Pro Köln“, einem – laut Verfassungsschutzbericht – „Ableger der in den vergangenen Jahren bedeutungslos gewordenen Deutschen Liga für Volk und Heimat“ mit engen Beziehungen zur Neonazi-Szene. Oder bei der „Freiheit Wattenscheid“, einem Blättchen, das – wiederum laut Verfassungsschutz – als „Forum für rechtsextremistische Parteien und Organisationen“ gilt und unter der Anschrift der NRW-Landesgeschäftsstelle der NPD zu erreichen ist. Nachzulesen ist auf beiden Homepages ein Text von Rebecca Bellano, Autorin des im April in „Preußische Allgemeine Zeitung“ umbenannten „Ostpreußenblatts“. Sie hat den Eindruck, „dass es sich um eine von ultralinken Kräften dominierte Tagung handelt“. Einige der

Referenten seien „sogar nahezu Berühmtheiten in der linksextremen Szene“.

Den intellektuellen Unterbau für die Verteidigung der „Neuen Rechten“ soll das „Institut für Staatspolitik“ liefern, das von Personen aus dem Umfeld der „Jungen Freiheit“ gegründet wurde. Seit Juli bietet es als Heft 5 seiner „Wissenschaftlichen Reihe“ die Untersuchung „Die Neue Rechte – Sinn und Grenzen eines Begriffs“ an. Doch nicht diese Broschüre liefert Rechten bei ihrer Kampagne gegen die Tagung die Stichworte. Dies unternimmt statt dessen Sebastian Prinz. Aus seiner Feder stammt ein Dossier, aus dem sich vermutlich die „Junge Freiheit“ in ihren Beiträgen zum Thema bedient und das per Internet verbreitet wird. Auch Prinz dürfte sich getroffen fühlen, wenn die Neue Rechte genauer in den Blick genommen wird. Er ist Mitglied der „Alten Breslauer Burschenschaft der Rackes zu Bonn“, die wiederum nicht frei ist von rechten Einflüssen. Auf ihrer Homepage wird berichtet, dass unter anderem Horst Mahler, JF-Chef Dieter Stein und der JF-Autor Klaus Kunze vor den Burschenschaftlern referierten. Nicht zu vergessen Hans-Helmuth Knütter. Der emeritierte Politikwissenschaftler und Kämpfer wider die „Faschismuskeule“, wie er eines seiner Bücher betitelte, publiziert in extrem rechten Zeitschriften und Zeitungen und hält Vorträge bei Rechtsaußen-Veren wie der Gesellschaft für freie Publizistik. Mit ihm zusammen hat Prinz einen Aufsatz für einen Sammelband verfasst und für Knüppers „Handbuch des Linksextremismus“ einen Text beige-steuert.

Besonders wichtig: Prinz verfügt über Möglichkeiten, eine Kampagne zu starten, bei der nicht nur Rechtsextreme mitmischen. Er arbeitet als Mitarbeiter im Büro des Mannheimer CDU-Bundestagsabgeordneten Egon Jüttner. Ein Zufall dürfte es nicht sein, dass sich die „Welt am Sonntag“ (WamS) vor allem auf Jüttner stützte, als sie Ende Juli unter dem Titel „Arbeitet Verfassungsschutz mit Linksextremisten?“ in die Diskussion einstieg. Der CDU-Parlamentarier sprach laut WamS von handfesten Hinweisen dafür, dass der NRW-Verfassungsschutz mit der linksextremistischen Szene zusammenarbeite. Knüppers Anti-Antifa-Schule, so scheint es, ist im Bundestag angekommen. Das NRW-Innenministerium steht derweil hinter dem Konzept für die Veranstaltung am 8. Oktober: „An dieser Tagung nehmen Experten teil, die das gesamte demokratische Spektrum abdecken, sich aber keinesfalls außerhalb dieses Spektrums bewegen“, zitiert die WamS dessen Sprecher. *Tomas Sager*

Grauzone**Brandstifter**

FDP-Funktionäre in Göttingen sind im Zusammenhang mit rechten Umtrieben in die Schlagzeilen geraten.

Ins Gerede gekommen sind Ende Juli zwei führenden Göttinger FDP-Funktionäre. Es handelt sich dabei um den Kreisvorsitzenden der Göttinger FDP Nicole Martin und das Vorstandsmitglied der Jungliberalen Moritz Strate. Gegen beide ermittelt die Polizei wegen Sachbeschädigung und Hausfriedensbruch. Eine weitere Anzeige wegen schwerer Brandstiftung gegen die beiden Jungliberalen wurde mittlerweile ebenfalls gestellt. Beide werden beschuldigt, am 20. Juli in den Keller des linken Göttinger Studentenhauses eingestiegen zu sein, wo gerade eine von linken Gruppen erstellte Ausstellung zu sehen war.

Laut eines Augenzeugen hätten die beiden FDP-Funktionäre in einer Vitrine ein Feuer gelegt und sich dann schnell vom Tatort entfernt. Die Beschuldigten bestreiten das. Sie seien zwar in der Nacht in dem Keller gewesen, hätten dort aber den Brand in der Vitrine bemerkt und sogar zu löschen versucht.

Biedere FDPler als nächtliche Brandstifter, die Meldung klingt auf den ersten Blick tatsächlich nicht besonders glaubwürdig. Doch bei Martin und Strate handelt es sich um zwei Aktivisten jener rechten FDP-Strömung, die sich eher Jörg Haider und seine FPÖ als Thomas Dehler zum Vorbild nehmen. Das zeigt schon der Name jener Uniliste, auf der Strate als Spitzenkandidat antrat: Freiheitlich Demokratische Liste (FDL) hieß die Gruppierung, mit der Stimmen aus dem rechten Spektrum gewonnen werden sollten. In ihrem Wahlprogramm betonte die FDL ihren „Glauben an Werte und Traditionen, die eine starke Gemeinschaft begründen“. Ein Hauptproblem an der Hochschule sieht die FDL in „alkoholisierten Herumtreibern und Bettlern“, die durch private Sicherheitsdienste und Videoüberwachung vom Campus fern gehalten werden sollen. Die FDL sprach sich für die Abschaffung der Schwulen- und Lesbenreferate sowie gegen AStA-Deutschkurse für ausländische Nicht-Studenten aus und bezog sich positiv auf die „burschenschaftliche Tradition“. Das ist nicht weiter verwunderlich, gehört doch Nicole Martin der „fa-

kultativ schlagenden“ Verbindung Lunaburgia in Göttingen an. Martin und Strate sind auch Mitglieder der rechtslastigen Studentenverbindung Landsmannschaft Gottinga. Bei den letzten Wahlen zum Studentenparlament bekam die FDL genügend Stimmen, damit sie mit konservativen und unpolitischen Gruppierungen gemeinsam den Asta stellen kann.

Wegen des FDL-Symbols wurde gegen Moritz Strate bis vor einigen Monaten wegen des Zeigens verfassungsfeindlicher Symbole ermittelt. Die Uniliste hatte sich als graphisches Symbol eine lodende Flamme ausgesucht, die an das Symbol des extrem rechten Front National aus Frankreich erinnert. In der Bundesrepublik Deutschland ist die Verwendung der „Lodernden Flamme“ seit 1989 verboten, da es sich um das Parteisymbol der ebenfalls verbotenen neonazistischen Gruppierung „Nationale Sammlung“ (NS) handelt. Die NS war das maßgebliche Sammelbecken innerhalb des „Kühen-Flügels“ der Neonaziszene. Jurastudent Strate beteuerte, nichts vom Verbot des Symbols gewusst zu haben. Auch Martin ist immer wieder im Zusammenhang mit rechten Umtrieben in die Schlagzeilen geraten. Der jüngste Vorfall ereignete sich am 27. März dieses Jahres. Dort soll ein Begleiter von Martin am Rande einer linken Studentenparty den Hitlergruß gezeigt haben. Wie mehrere Personen unabhängig voneinander bezeugten, verweigerte Martin eine Distanzierung mit der Aussage: „Nur weil ich für den Bundestag kandidiert habe, heißt das noch lange nicht, dass ich Demokrat bin“. Martin hatte sich bei den letzten Bundestagswahlen vergeblich für ein Direktmandat in Göttingen beworben.

Wenn es gegen linke Gruppen geht, kommen vom FDP-Kreisvorsitzenden allerdings ganz andere Töne. „Es kann nicht sein, dass demokratische Jugendorganisationen Anti-Demokraten und ausgewiesenen Verfassungsfeinden studentische Gelder und die Infrastruktur des AStA zur Verfügung stellen, damit diese gegen unsere freiheitlich-demokratische Verfassung vorgehen“, schrieb Martin in einer Presseerklärung. Martin und Strate liegen seit Monaten im Dauerclinch mit linken Studentengruppen, die vorher den Asta stellten. Die Ausstellung im Studentenhaus hatte genau diese Auseinandersetzungen zum Thema und befasste sich dabei auch besonders mit den beiden rechten Flügelmännern Strate und Martin. Erstaunlich nur, dass sich die FDP bisher zu diesen Vorkommnissen nicht geäußert hat.

Peter Nowak

Verfassungsschutz

Gegenläufiger Trend

Im Süden und Südwesten Deutschland stagniert das militante rechtsextreme Personenpotenzial.

Von Bedeutung im Bereich des Rechtsextremismus ist in Bayern vor allem die Skinhead-Szene, heißt es in einer Pressemitteilung des Innenministeriums zum aktuellen Halbjahresbericht des Verfassungsschutzes am 4. August. Von den 2000 im Freistaat bekannten Skinheads sind demnach 900 rechtsextremistisch ausgerichtet. Das Potenzial an militanten Rechten und Skinheads bezifferte der Landesbericht für 2002 mit rund 1150 Personen. Gute Kontakte bestünden, besonders im Nürnberger Raum, nach wie vor zur NPD, betonen die Verfassungsschützer. Nach der Einstellung des Verbotsverfahrens im März dieses Jahres würde die NPD weiterhin Neonazis und Skinheads zu Aufmärschen mobilisieren, wird festgehalten.

Bei der bayerischen NPD setzte sich der Mitgliederschwund fort: Sie verfügte Ende 2002 einschließlich Junger Nationaldemokraten (70) noch über 920 Anhänger (minus 60). Kräftig Federn mussten im Freistaat die Parteien DVU und Republikaner. Die DVU hatte sich zum Ende des Berichtszeitraums auf 1400 Mitglieder reduziert (minus 200). Noch härter traf es die Republikaner, die 25 Prozent ihrer Anhängerschaft (minus 1000) verlustig gingen. Der Abwärtstrend der REP dürfte sich wohl mit einer weiteren Schlappe bei der Landtagswahl am 21. September fortsetzen.

Weiterhin unter Beobachtung steht die Burschenschaft Danubia. Nach Erkenntnissen des Amtes ist eine Bereitschaft zur Abkehr von den bisherigen rechtsextremen Bestrebungen nicht erkennbar. Angeführt werden auch die Ausführungen Hans-Helmut Knütters in seinem „Gutachten“, der empfohlen habe, die „Burschenschaft könne 'aufrecht und ohne sich zu rechtfertigen den politischen Kampf ohne Richtungsänderung fortsetzen'“.

Rückläufig ist in Bayern die Zahl der rechtsextrem motivierten Gewalttaten. Im ersten Halbjahr 2003 wurden 17 (Vergleichszeitraum 2002: 21), in 2002 insgesamt 51 (72) Delikte registriert. Überwiegend wurden diese Gewalttaten von rechtsextremen Skinheads begangen. Von 120 ermittelten Tatverdächtigen waren 65 den Skinheads zuzurechnen; in diesem Jahr sind bisher 32 Gewalttäter ermittelt worden, davon 23 Skinheads.

Einen Rückgang der rechtsextrem motivierten Gewalttaten von 55 auf 51 Delikte bilanziert der Landesverfassungsschutzbericht 2002 von Baden-Württemberg. Der im ersten Halbjahr des vergangenen Jahres erkennbare Trend hat sich damit fortgesetzt. Dem aktuellen Bericht zufolge hat sich auch das Potenzial der rechtsextremen Skinheads auf 770 (minus 50) reduziert; den militanten Rechten werden insgesamt noch 800 (Vorjahr: 850), den Neonazis 270 (280) Anhänger zugerechnet. Festgestellt werden Überschneidungen zwischen Skinhead- und Rockerszene, wie es sich bei mehreren Rechtsrock-Konzerten, so im Mannheimer Raum, gezeigt habe. Nach Einschätzung der Verfassungsschützer würden vor allem kommerzielle Interessen und private Bekanntschaften eine Rolle spielen.

Düster sieht es für die rechtsextremen Parteien aus: Die NPD zählt noch 400 (450) Mitstreiter, die Jugendorganisation JN verfügt weiterhin über 80. Im Abwärtstrend liegt weiter die DVU mit 1200 Mitgliedern (minus 200). Endgültig Vergangenheit sei die innerparteiliche Dominanz des ehemals einflussreichen baden-württembergischen REP-Landesverbandes, wird festgehalten. Die Republikaner verloren demnach ein Viertel ihres Vorjahresstandes und reduzierten sich auf ebenfalls 1200 Anhänger.

Erwähnung findet im baden-württembergischen Jahresbericht 2002 wiederum die Wochenzeitung „Junge Freiheit“, die als „ein wichtiges publizistisches Bindeglied“ nicht nur über „Kontakte ins rechtsextremistische Lager verfügt, sondern auch mit diesem auch zusammenarbeitet“, heißt es.

Im Sinken ist das rechtsextreme Personenpotenzial auch in Rheinland-Pfalz. Die NPD hat dem Landesverfassungsschutzbericht zufolge 50 Anhänger verloren (aktuell: 200; JN 30), der DVU kamen 100 (650), den REP 50 (600) Mitstreiter abhanden.

Im Gegensatz zum Bundestrend stagniert das militante Spektrum in Rheinland-Pfalz seit Jahren auf einem Niveau von rund 100 gewaltbereiten Rechtsextremisten, wobei nach Erkenntnissen der Behörde aber die hohe Fluktuation dieser Szene charakteristisch sei. Von den rund 400 Skinheads (2001: 350) seien 50 als militant einzustufen.

Rückläufige Gewalttatenzahlen sind für die Behörde kein Grund, von einer Entwarnung zu sprechen. Auch 2002 habe sich die Anzahl öffentlichkeitswirksamer rechtsextremer Aktionen auf einem nicht hinnehmbaren hohen Niveau bewegt, wird im Bericht betont. Unter den registrierten 22 (32) rechtsextrem motivierten Gewalttaten waren 20 Körperverletzungen und ein versuchtes Tötungsdelikt. G.N.

Hintergrund**Bestialischer Terror**

Vor 60 Jahren hat sich Italien selbst befreit – Deutsche richteten Massaker an.

Der 20. Juli ist in Deutschland seit Jahrzehnten ein Tag des Gedenkens. An diesem Tag im Sommer 1944 versuchten mutige deutsche Militärs und Zivilisten, ihr Land von der NS-Diktatur zu befreien. Der Versuch schlug fehl. Die Befreiung musste von außen kommen. In den zehn Monaten, die der Zweite Weltkrieg bis zum Mai 1945 noch dauerte, sind mehr Menschen ums Leben gekommen, mehr Häuser zerstört, mehr Werte vernichtet worden als in den Jahren zwischen Hitlers Überfall auf Polen am 1. September 1939 und eben jenem Attentat vom Juli 1944. Beim wichtigsten Bündnispartner Hitlers in Europa, Italien, war das anders. In Italien endete die Macht der Faschisten mit dem „Duce“ Benito Mussolini an der Spitze bereits im Sommer 1943 – also vor 60 Jahren.

Mussolini, seit dem 28. Oktober 1922 durch den „Marsch auf Rom“ an der Macht, hatte das Land seit 1929 in eine Kette von Kriegen geführt – in Libyen, Äthiopien, Spanien, Albanien und seit dem 10. Juni 1940 als Partner der Nazis an den Fronten des Zweiten Weltkrieges. Mit der deutschen Kapitulation in Stalingrad am 2. Februar 1943 war die Zahl der Siege freilich endgültig vorbei. Am 11. Mai 1943 ging das deutsch-italienische „Expeditionskorps“ in Afrika in alliierte Gefangenschaft. Der Sprung britischer und amerikanischer Truppen auf den Kontinent war nur noch eine Frage der Zeit.

Er gelang in der Nacht vom 9. auf den 10. Juli 1943 auf Sizilien. Am 24. Juli war Sizilien besetzt. Nun konnte es nicht mehr lange dauern, ehe der Vormarsch auf das Festland begann. Unmittelbar nachdem bekannt geworden war, dass Sizilien befreit sei, kam in Rom im Palazzo Venezia der „Große Rat“ des Faschismus zusammen. Die Konferenz in seinem Amtssitz hatte Mussolini selbst einberufen. Es sollte die neue Lage diskutiert werden. Am Ende der langen Nacht gab es die faschistische Herrschaft nicht mehr. Die Mehrheit der Teilnehmer forderte Mussolini auf, den Oberbefehl über das Militär an König Victor Emanuel III zurückzugeben. Das Ziel war klar: Mussolini sollte abgesetzt werden. Statt seiner sollte einer der Antragsteller benannt werden, der mit den Alliierten über einen Waffen-

stillstand zu verhandeln hatte. Man wollte das Ende des Krieges aus eigener Kraft.

Noch am 25. Juli bat der Faschistenführer „bei Hofe“ um eine Audienz beim König – freilich nicht, um den Vorschlag des „Großen Rates“ bestätigt zu bekommen, also den Oberbefehl über die Streitkräfte dem König zurück zu geben. Der hinterhältige „Duce“ wollte vielmehr das Vertrauen des Monarchen erbitten, um den Oberbefehl zu behalten. Da hatte er sich allerdings verrechnet. Victor Emanuel III hörte eingangs Mussolini geduldig zu, dann eröffnete er ihm, er sei abgesetzt. Marschall Pietro Badoglio, der frühere Generalstabschef, werde den Oberbefehl übernehmen. Dann schüttelte der König dem abgesetzten Faschistenchef die Hand und ließ ihn als Gefangenen abführen. All das geschah an einem Tag – dem 25. Juli 1943. Deshalb ist dieser Tag in Italiens Geschichte besonders wichtig. Für das Land begann jetzt allerdings die schlimmste Zeit seiner jüngeren Geschichte. Mit der Kapitulation erklärte Berlin nämlich den einstigen Partner nicht nur zum Gegner, sondern zum Feind. Kefalonia, Sant' Anna di Sazzema, Marzabotto und eine Schlucht mit Höhlen in der Nähe Roms sind nur einige wenige Orte, die Sinnbilder des Schreckens und deutscher Bestialität bleiben.

Kefalonia: Die Insel im Ionischen Meer ist ein entlegener Ort, den bis 1943 kaum jemand kannte. Nach der Kapitulation im Juli 1943 feierten italienische Soldaten und griechische Einwohner in der Hauptstadt Argostoli ein großes Fest. Es war endlich Frieden. Dann traf ein deutsches Ultimatum ein: Die italienischen Soldaten seien in zwei Tagen zu entwaffnen. Das lehnten Soldaten wie Offiziere ab. Daraufhin schickten die Deutschen Soldaten auf das strategisch unbedeutende Eiland. Es kam zu Kämpfen. Nach einer Woche ergaben sich die Italiener. Statt nun aber Gefangene zu machen, richteten deutsche Soldaten Blutbäder an. Tagelang wurden italienische Soldaten willkürlich erschossen oder hingemetzelt. Es waren mindestens 1500. Augenzeugen berichteten, die Insel sei lange unter einer Wolke von verbranntem Menschenfleisch verschwunden gewesen. Die Täter waren deutsche Gebirgsjäger, die sich immer noch für vorbildliche Soldaten halten und dies auch der Öffentlichkeit vormachen. Dass nun nach und nach die Wahrheit über deutsche Verbrechen in Italien und Griechenland ans Licht kommt, ist nicht zuletzt der Korrespondentin der „Süddeutschen Zeitung“, Christiane Kohl, zu verdanken, die für ihre Arbeit auch ausgezeichnet worden ist.

Heiner Lichtenstein

Hintergrund

Menschenschicksale

Juden in Falkenstein – eine Ausstellung

In dem Bergstädtchen Falkenstein gibt es schon lange keine Juden mehr. Die meisten flohen vor Judenverfolgung und Schoa im Nazireich. Ihre Nachkommen leben heute in Israel, in der Schweiz, in München und Berlin. Auch in Falkenstein tut man einiges, damit die Verbindungen nicht abreißen. Besonders verdient darum machten sich Waltraud Schmidt und Ralph Ide, die viele Stunden ihrer Freizeit der Erforschung der relativ kurzen Geschichte der Juden im Vogtland widmen. Ab 20. September wird eine Ausstellung „Juden in Falkenstein“ Zeugnis von dieser Geschichte ablegen.

Als erster Jude traf im September 1886 der Kaufmann Max Bornstein aus Lissa (Schlesien) ein und gründete ein Konfektionsgeschäft, das bis 1935 bestand. Dass es nicht schon vorher Juden gab, hängt mit dem Status Falkensteins als „freie Bergstadt“ zusammen, in der Juden der Aufenthalt nach der Bergordnung von 1589 nicht gestattet war. In Falkenstein kamen die vier Kinder von Max und seiner Ehefrau Rosa zur Welt, ihr Leben waren vier Varianten jüdischer Schicksale in Deutschland: Elsa, die älteste Tochter, heiratete Fred Urbach, der vom SA-Mob überfallen wurde und an den Folgen 1935 verstarb. Sie überlebte, zeitweise im Untergrund oder im Exil. Tochter Alma wanderte mit ihrem Mann Julius Samter, der im Nachbarort Reichenbach ein Geschäft leitete, und Sohn Herbert 1936 nach Haifa aus, wo die zahlreichen Nachkommen der Familie heute leben. Herbert, im „Nebenberuf“ Miniaturkünstler, schenkte dem Jüdischen Kulturverein Berlin eine 800-teilige Miniatursynagoge, die für die Ausstellung nach Falkenstein ausgeliehen wurde. Der Künstler kommt zur Ausstellungseröffnung und zu seinem 80. Geburtstag in die alte Heimat. Hertha, die jüngste Tochter, heiratete einen Nichtjuden. Sie überlebte das KZ Theresienstadt und starb 1984 in Leipzig.

Willy, der einzige Sohn, wurde Vertreter einer Thüringer Porzellanfirma und zog mit Frau Alma nach Leipzig, wo 1933 Tochter Ruth geboren wurde. Von Anfang an traf die junge Familie die Naziverfolgung am härtesten. Willy, der sich in Leipzig in der jüdischen Loge B'nai B'rith (Söhne des Bundes) engagiert hatte, verließ nach mehrmona-

tiger „Untersuchungshaft“ Deutschland 1939, um eine Existenz für sich und seine Angehörigen in Übersee zu gründen. Er kam mit der St. Louis mit über 900 weiteren Juden an Bord bis in den Hafen von Havanna, wo das Schiff abgewiesen und nach Europa zurückgeschickt wurde. In letzter Minute entschlossen sich vier westeuropäische Länder, die Flüchtlinge aufzunehmen, deren Reise sonst zurück nach Hamburg gegangen wäre. Auch Frau und Tochter konnten noch kurz vor Kriegsbeginn nach Belgien fliehen. Dort überlebten sie, während Willy Bornstein 1942 den Nazis in die Hände fiel und in Auschwitz ermordet wurde.

Ähnlich dramatisch war das Schicksal der anderen jüdischen Familien Falkensteins, der Lewins und Verlegers, der Levys und Korytowskis, der Chojnackis und Gumpels. Über manche kann man in den ausgestellten Dokumenten Details erfahren, von anderen existieren nur noch ein paar Quittungen, ein Briefumschlag mit dem Stempel „Empfänger im Ghetto nicht auffindbar“. Auch einen Schindler hat Falkenstein: Alfred Roßner wurde 2002 von Yad Vashem als „Gerechter unter den Völkern“ geehrt. Er hatte im Krieg in Bendzin im besetzten Polen als Treuhänder einer Firma, die der jüdischen Familie Verleger gehörte und später Uniformschneiderei der SS wurde, mehreren 100 jüdischen Arbeitern das Leben gerettet, indem er sie vor der Deportation bewahrte. Roßner wurde im November 1943 im Gefängnis von Kattowitz erhängt. Ein weiterer Nothelfer war der Apotheker Hans Scherner, der im März und April 1945 das Ehepaar Klemperer auf der Flucht vor den Nazis (Victor Klemperer hat über sie in seinem Tagebuch geschrieben) aufnahm und versteckte.

Ein Dokument besonderer Art ist der Aufruf von Bürgermeister Lenk und NSDAP-Ortsgruppenleiter Hainig vom 26. August 1935 mit selbst für damalige Verhältnisse unglaublichen Drohungen: „Kein deutscher Volksgenosse kauft oder verkehrt mehr bei Juden, Judengenossen, reaktionären und marxistischen Geschäftsleuten. Er geht auch nicht mehr zu jüdischen Rechtsanwälten und Ärzten usw. Wer dies nicht beachtet, läuft Gefahr, öffentlich gebrandmarkt und unter Umständen wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zur Rechenschaft gezogen zu werden.“

Eine Ausstellung, die vor allem der Jugend helfen wird, Geschehen zu begreifen, das sie sonst nur aus Büchern kennt, die Fragen beantwortet und neue Fragen stellt.

Ralf Bachmann

Bücherschau**Antijüdischer Wahn****Juden als gemeinsames Feindbild von Islamisten und Rechtsextremisten.**

Während der Antisemitismus in rechtsextremen Bewegungen relativ gut erforscht ist, mangelt es weitgehend an Studien über den Judenhass in islamistischen Zusammenhängen. Die grundlegende Arbeit von Bernard Lewis („Treibt sie ins Meer“. Die Geschichte des Antisemitismus, Frankfurt/M. 1987) steht hier nur für die Ausnahme von der Regel. Um so beachtenswerter ist daher die von dem als Berufsschullehrer arbeitenden Politikwissenschaftler Matthias Küntzel veröffentlichte Arbeit „Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg“. In ihr deutet der Autor den Islamismus nicht allein als Ausdruck der Reaktion auf ökonomische Zwangslagen, sondern als rigoroses ideologisches Programm von Weltanschauungskriegern. Dabei nehme der antijüdische Wahn einen besonders hohen Stellenwert ein und artikuliere sich in weit verbreiteten antisemitischen Verschwörungsideologien. Deren Herausbildung will Küntzel durch eine darauf bezogene Rekonstruktion der geschichtlichen Entwicklung darstellen und interpretieren.

Zunächst geht Küntzel auf die als „Mutterorganisation“ des modernen Islamismus geltenden Muslimbrüder ein und beschreibt deren Wirken in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts. Verschiedene Fakten führten für den Autor zur Herausbildung eines besonderen Antisemitismus: das negative Bild von den Juden im Islam, die ablehnende Einstellung gegenüber den jüdischen Einwanderern, das antisemitische Wirken der im arabischen Raum aktiven NSDAP-Auslandsorganisation und die durch deren antibritische Haltung bedingte positive Einstellung zum Hitler-Regime. Nach der Gründung des Staates Israel im Jahr 1948 stiegen die antisemitischen Einstellungen verbunden mit gewalttätigen Optionen und wüsten Verschwörungsideologien noch an. Küntzel beschreibt diese Entwicklung ausführlich anhand des ägyptischen Islamismus von der Nasser-Ära bis zur Gegenwart, dem in Programmatik und Terroranschlägen deutlich werdenden Djihad-Verständnis der militanten Hamas und den Reaktionen in der arabischen Welt auf die Flugzeugattentate des 11. September 2001 in New York und Washington.

Küntzel weist in seiner Darstellung immer wieder auf formale und inhaltliche Gemeinsamkeiten von Islamismus und Nationalsozialismus hin, ohne sie aber gleichsetzen zu wollen. Beides stellt für ihn eine besondere Reaktion und Sichtweise auf den Kapitalismus dar, wobei bestimmte Erscheinungsformen wie das Prinzip von Individualität und Kommerz mit „Juden“ im weitesten Sinne gleichgesetzt und Forderungen nach Befreiung durch Vernichtung erhoben würden (vgl. S. 11f.). Islamisten wie Rechtsextremisten würden den Staat Israel und die Juden an sich des Andersseins und der Differenz und als Bedrohung für die von beiden Seiten angestrebte Homogenität und Reinheit der Gesellschaft ansehen (vgl. S. 149).

Die dadurch bedingte Gemeinsamkeit des Antisemitismus erklärt für Küntzel auch die Zusammenarbeit von früheren NS-Funktionären mit ägyptischen staatlichen Stellen in den 50er und 60er Jahren des 20. Jahrhunderts und die identischen Reaktionen von Islamisten und Rechtsextremisten auf die Terroranschläge des 11. September.

■ Ausgeprägter Antisemitismus bei Gegnern des Staates Israel ■

Küntzel legt mit seiner knappen Darstellung ein überaus interessantes Werk zum Thema vor. Offensichtlich ist er aber der arabischen Sprache nicht mächtig, so dass eine Reihe von Zitaten aus zweiter Hand erfolgen müssen oder nicht genauer angegeben werden. Gleichwohl kann sich der Autor auf zahlreiche englischsprachige Übersetzungen stützen, welche die vorgetragenen Einschätzungen gut belegen. Das hierbei ausgebreitete Material macht deutlich, dass die islamistischen und säkularen Gegner des Staates Israel im arabischen Raum nicht nur von einem Interessenkonflikt geprägt sind, sondern zu großen Teilen einem ausgeprägten Antisemitismus anhängen. Gerade die Praxis der Selbstmordanschläge, die sich eben nicht gegen Militärs und Politiker, sondern gegen zufällig ausgewählte Angehörige der Zivilbevölkerung richten, macht diese Dimension deutlich. Aufgrund der damit zusammenhängenden Analysen und Informationen verzeiht man dem Autor auch die etwas monokausale Erklärung des Islamismus als Reaktion auf den Kapitalismus.

Armin Pfahl-Traugher

Matthias Küntzel, Djihad und Judenhass. Über den neuen antijüdischen Krieg, Freiburg 2003 (Ca Ira-Verlag), 183 Seiten, 13,50 EUR.

Aktivitäten

Apartheids-Krieger

Rechtsextreme Organisation macht sich für das Deutschtum in Südafrika und dem ehemaligen „Südwest“ stark.

Am ersten Septemberwochenende findet im fränkischen Coburg das 26. „Südafrika-Seminar“ des rechtsextremen Hilfskomitees Südliches Afrika (HSA) statt. Traditioneller Tagungsort der „Südafrika-Seminare“ ist das Coburger Hotel „Goldene Traube“, in dem schon seit Jahrzehnten Veranstaltungen der extremen Rechten abgehalten werden.

Das HSA wurde bereits im Jahr 1976 „zur Verteidigung des Lebens- und Heimatrechtes der Weißen im südlichen Afrika“ und zur publizistischen Unterstützung des rassistischen Apartheidsystems in Südafrika und Südwestafrika (Namibia) gegründet. Maßgeblicher Gründungsinitiator des HSA war der damalige bayrische NPD-Landesfunktionär Peter Dehoust. Dehoust ist Mitherausgeber des Strategie- und Theorieorgans „Nation&Europa“, welches dem HSA jahrelang auch als Sprachrohr zur Verfügung stand. HSA-Vorsitzender ist seit 1994 Olaf Dillmann, der einst beim Nationaldemokratischen Hochschulbund (NHB) engagiert war.

Referenten bei HSA-Seminaren waren bislang unter anderem Rechtsextremisten wie der Ex-NPD-Vorsitzende Adolf von Thadden, Alfred Mechtersheimer, Deutschland-Bewegung, und Rigolf Hennig, selbst ernannter Präsident eines „Freistaates Preußen“. Gefragt sind besonders die Vorträge des umtriebigen Rechtsextremisten Claus Nordbruch, der 1986 nach Südafrika auswanderte. Als Referenten gaben sich aber auch schon die damaligen Bundestagsabgeordneten der CSU Otto Regenspurger und Ortwin Lowack die Ehre.

Grußbotschaften bei HSA-Seminaren gingen in den 80er Jahren auch von Hermann Oberth ein. Oberth gilt als der „Vater der Weltraumfahrt“. Zeitweilig arbeitete er an Hitlers V-2-Projekt mit und gehörte, was im Übrigen kaum in der Öffentlichkeit bekannt ist, später der NPD als Mitglied an.

Referenten aus Südafrika bei HSA-Tagungen waren unter anderem rechtsextreme Journalisten wie Arthur Kemp, zeitweilig Sprecher der Konservati-

ven Partei und rechtsextreme Politiker wie der 1993 verstorbene Andries Treurnicht, Führer der Konservativen Partei oder Lyon Strydom, Auslandsbeauftragter der rechtsextremen südafrikanischen Partei Herstigte Nasionale Party (HNP). Die HNP erkennt die demokratisch gewählte Staatsführung in Südafrika nicht an und trauert dem Apartheidsregime nach. Die HNP und Strydom pflegen sehr enge Kontakte zur NPD und deren Jugendorganisation Junge Nationaldemokraten (JN).

Neben Seminaren veranstaltet das Hilfskomitee auch Reisen zu Gleichgesinnten nach Südafrika und Namibia. So gedachte am 9. Oktober 1999 eine 16-köpfige HSA-Reisedelegation unter Führung von Peter Dehoust inmitten von mehreren tausend Buren im Amphitheater beim Voortrekker-Nationaldenkmal, einem domhohen Bauwerk auf einem Hügel nahe der südafrikanischen Hauptstadt Pretoria, der 100. Wiederkehr des Ausbruchs des 2. Burenkrieges. Dehoust betonte in einer Grußbotschaft die „Seelenverwandtschaft“ des burischen und des deutschen Volkes.

Untergebracht war ein Teil der angereisten Bundesdeutschen im „Deutsch-Burischen Freundschaftshaus“ in der Ortschaft Die Wilgers, einem Hort von deutschen Alt- und Neonazis. Das vom HSA finanziell geförderte „Deutsch-Burische Freundschaftshaus“ wurde als Bildungs- und Begegnungsstätte für Südafrikaner und Deutsche gegründet.

■ „Seelenverwandtschaft mit dem burischen Volk“ ■

Der deutsch-südafrikanische Jugendaustausch bildet einen weiteren Schwerpunkt der HSA-Aktivitäten. Kultcharakter haben in diesen Kreisen der in hoher Auflage alljährlich verbreitete HSA-Postkartenkalender „Traumland Südwest“ sowie Aufkleber wie „Das Überleben sichern. Deutsche in Südafrika“. Deren Erlöse dienen „der Zukunft der Deutschen und Deutschstämmigen in Südwest/Namibia, die vom Fortbestand der deutschen Privatschulen und Schülerheime abhängt“ (HSA-Rundschreiben). Finanziell unterstützt wird vom HSA in Südafrika unter anderem die „Wittenberg Schule“ in Piet Retief. Zuwendungen erhält auch das „Deutsche Schülerheim“ in Otjiwarongo (Namibia). Schließlich gilt für Peter Dehoust: „Wir lassen unsere Deutschen in Südafrika nicht im Stich.“

Anton Maegerle

Meldungen**Inland**

■ **Erfurt** – Unter dem Motto „Volk steht auf! Gegen Sozialabbau, Massenarbeitslosigkeit und Kriegsbeteiligung! Für soziale Gerechtigkeit und Frieden“ will am 18. Oktober in Erfurt die rechts-extreme Szene aufmarschieren. Anmelder der Demonstration ist Christian Bärthel (Ronneburg), stellvertretender Landesvorsitzender und Pressesprecher der Deutschen Partei (DP) in Thüringen. Als Redner sind neben Bärthel, Ex-NPD-Kader, die Neonazis Gerd Ittner und Christian Worch sowie Ralf Wohlleben, NPD-Landesvorstandsmitglied Thüringen, angekündigt.

■ **Inning** – Die Zeitschrift „Deutsche Geschichte“ aus dem Hause der rechtsextremen Verlagsgesellschaft Berg (VGB) veranstaltet vom 26. bis 28. September in Erfurt ihr „3. Erlebniswochenende 'Erlebnis Geschichte'“, „ein Forum für erlebte Zeitgeschichte“, unter dem Motto „USA – Die maßlose Weltmacht“. Höhepunkt der Veranstaltung, bei der „namhafte Autoren des In- und Auslandes das wahre Gesicht einer maßlosen Weltmacht USA zeichnen“ werden, soll die Vorstellung des neuen Buches des britischen Historikers Martin Allen sein. Unter dem Titel „Churchills Friedensfalle – Das Geheimnis des Heß-Fluges“ will VGB-Autor Allen „an Hand bisher unbekannter Dokumente nachgewiesen“ haben, „dass Rudolf Heß mit guten Friedensabsichten von Winston Churchill in die Falle gelockt wurde.“ „Mit den hier gewonnenen Erkenntnissen“, heißt es in der Werbung, „muss die Geschichte des Zweiten Weltkrieges neu geschrieben werden“.

■ **Kleinmachnow** – Horst Mahler attackiert in einem „Offenen Brief“ vom 3. August den Bundesminister des Innern, Otto Schily, der „unmittelbar für den Terror gegen die Deutschen, die es noch sein wollen, verantwortlich“ sei. Mahler schwadroniert von einer „Hintergrundmacht“, die die Wahrheit manipulieren würde. Laut Mahler seien die Türme des Welthandelszentrums in New York und das Pentagon in Washington durch eine „verdeckte Operation der einschlägig bekannten Geheimdienste zerstört beziehungsweise beschädigt worden“. Mahler betont in seinem „Offenen Brief“ an den Bundesinnenminister: „Otto, Du wirst als Staatsterrorist großen Kalibers in die Geschichte eingehen, der Verbrechern die Hand gereicht hat, denen es um nichts anderes geht, als um die Beherr-

schung der Völker und ihre Ausplünderung. Die Zahl der Leichen, die sie dabei produzieren, geht in die Millionen.“

■ **Kronach** – „Das Deutsche Reich als Staat ist weder durch die Kapitulationsurkunde der deutschen Wehrmacht vom 8. Mai 1945 noch zu einem anderen Zeitpunkt untergegangen. Also ist die Staatlichkeit des Deutschen Reiches nach wie vor als bestehend anzusehen.“, ist in der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ in einem Leserbrief zu lesen. Verfasser dieser Zeilen ist der Neonazi Günter Kursawe, Ex-Funktionär des verbotenen Nationalen Blocks, der einst auch in den Adressbüchern von Michael Kühnen und der militanten Neonazi-Truppe VAPO in Österreich aufgeführt war. Kursawe machte im vergangenen Jahr mit Ein-Mann-Demonstrationen auf sich aufmerksam. Mit umgehängten Pappschildern wie „Rudolf Heß – Märtyrer des Friedens“ stellte er sich in Ortschaften in Oberfranken zur Schau. Kursawe, auch Autor in dem Neonazi-Blatt „Lübscher Aufklärer“ behauptet in der „Jungen Freiheit“ weiter: „Das Deutsche Reich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 ist existent.“

■ **Leipzig** – Bei der NPD in Leipzig beginnt am 9. Oktober eine Referatstournee des Schweizer Rechtsextremisten und Holocaust-Leugners Bernhard Schaub (Jg. 1954; Kreuzlingen). Weitere Stationen von Schaub bei NPD-Kameraden sind Görlitz, Annaberg und Dresden. Schaub, der sich selbst als „nationaler Sozialist“ bezeichnet, ist in NPD-Kreisen ein vielgefragter Referent. Nach Erkenntnissen des bundesdeutschen Verfassungsschutzes lehnt Schaub den Pluralismus ab, äußert sich ablehnend zu den Menschenrechten, fordert die „Abschaffung der Demokratie“ und die „Errichtung eines totalitären Führerstaates“ („neues Reich“). Das zukünftige „Deutsche Reich“ soll nach Auffassung von Schaub den gesamten deutschsprachigen Raum einschließlich der Schweiz umfassen. Der „bewährte Schweizer Freund“ (NPD) Schaub ist der Auffassung, dass „die deutsche Sprach- und Kulturgemeinschaft größer“ als die Bundesrepublik Deutschland ist, denn Österreich und die Schweiz seien „insbesondere durch die Reichsidee fest mit uns verbunden.“

■ **München** – Nach längerer Pause erschien jüngst wieder eine Mehrfach-Ausgabe des vom revanchistischen Witikobund e.V. herausgegebenen „Witikobriefes“. Die meisten der Beiträge zu den sich permanent wiederholenden Themen stammen aus der Feder des seit 1996 amtierenden 67-jährigen

Vorsitzenden Horst-Rudolf Übelacker (BnR 14/03). Für die Gestaltung des nur sechs Blatt umfassenden Heftes ist wiederum der Publizist und ehemalige Funktionär der Republikaner und der Deutschen Liga für Volk und Heimat Karl Richter (41) verantwortlich.

■ **München** – Zur Landtagswahl in Bayern am 21. September treten die Republikaner in den sieben Wahlkreisen (entsprechend den Regierungsbezirken) mit 158 Kandidatinnen und Kandidaten an. Der bayerische REP-Landesvorsitzende Johann Gärtner ist Spitzenbewerber in Schwaben. In Oberbayern steht Martin Huber, in Niederbayern Dieter Hübing, in der Opferpfalz Wilhelm Gebert, in Oberfranken Franz Noffke, in Mittelfranken Rudolf Erwin Baldauf und in Unterfranken Berthold Seifert an der Spitze. Bei den Landtagswahlen in Bayern im September 1998 hatten die REP landesweit ein Ergebnis von 3,6 Prozent erzielt.

■ **Rottach-Egern/Tegernsee** – Auf seiner Homepage wird Franz Schönhuber, Ex-Vorsitzender der Republikaner, ab 29. August sein neues Buch „Der missbrauchte Patriotismus in Deutschland und Europa – Rechte Parteien zwischen Schein und Sein“ als Vorabdruck präsentieren. Der rechtsextreme Altmeister hat Ende Juni seine wöchentliche Kolumne in der „National-Zeitung“ von Gerhard Frey eingestellt. Schönhuber erklärte diesen Schritt mit der „Bereinigung einer schon lange schwelenden Unvereinbarkeit“. Laut Schönhuber seien die rechten Parteiführer nicht fähig, „das lähmende Gegeneinander zu überwinden und den Ballast historischer Befindlichkeiten abzuschütteln“. Die rechte Szene würde „weitgehend beherrscht von gewissenlosen Scharlatanen“, urteilt er. Auch das intellektuelle Potenzial der rechtsextremen Parteien stellt Schönhuber zufolge „nur noch ein kleines Rinnsal vor dem völligen Austrocknen“ dar.

■ **Traunstein** – Das Traunsteiner Landgericht verurteilte den Herausgeber der konservativen Zeitschrift „Epoche“ Karl Ludwig Bayer (61) wegen Untreue am Verein „Verband für Publizistik und Jugendbildung Epoche e.V.“ und Steuerhinterziehung zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und zwei Monaten. Der Verleger und Publizist hatte den 1994 gegründeten Verein mit Sitz im oberbayerischen Bad Reichenhall (Kreis Berchtesgadener Land) in den vergangenen fünf Jahren um etwa 410 000 Euro geschädigt. Er finanzierte mit den Vereinsgeldern private Zwecke wie Reisen, Auto-Leasing-Raten, private Versicherungen oder Strafzettel. Dazu kam

noch Steuerhinterziehung in sieben Fällen in Höhe von rund 405 000 Euro. Für die Jahre 1995 bis 1997 gab Bayer gefälschte Steuererklärungen beim Finanzamt Traunstein ab. Bayer sitzt bereits seit Juni 2002 in Untersuchungshaft (BnR 14/02) in Bad Reichenhall, so dass mit einer Haftentlassung nach Verbüßung von zwei Dritteln der Strafe noch in diesem Jahr zu rechnen ist. In den 60er Jahren war Bayer als Pressesprecher des bayerischen NPD-Landesverbandes und als Redakteur der NPD nahe stehender Publikationen tätig.

■ **Zirndorf** – Der Neonazi Gerd Ittner aus Zirndorf hat einen „Offenen Brief“ an den „Martyrer der Meinungsfreiheit Manfred Roeder, in einem Auftrags-Schauprozess verurteilter politischer Häftling des BRD-Regimes, reichsdeutscher Kriegsgefangener der Kollaborateure unserer per Feindstaatenklauseln erklärten Todfeinde, des zionistischen Weltverbrechers USrael“ verfasst. Laut Ittner steht der „Untergang“ des „verlogenen Systems“ in Deutschland kurz bevor: „Borniert vor Hass auf die Wahrheit und auf Deutschland, können sich die Protagonisten dieses Regimes, die rückgratlosen Büttel der ‘Sieger’, gar nicht vorstellen, was ihnen blüht, wenn diese BRD erst zusammengebrochen ist und dann wir dem entfesselten ... Volkszorn den Weg weisen ... Es wird eine große Reinigung sein, ein Tag der Rache ...“ Ittner prophezeit: „Diese BRD wird untergehen – und das Deutsche Reich in Freiheit neu erstehen.“

Ausland

■ **Namibia (Windhoek)** – Notorische Holocaust-Leugner wie Udo Walendy, Walter Ochensberger und Ernst Zündel dürfen mit einem warmen Geldregen rechnen. Wie die in Namibia erscheinende Tageszeitung „Windhoek Observer“ jüngst berichtete, hat der im September 2002 in Okahandja ermordete Goldschmidt Ludwig Franz Wojaschek (79) in seinem Testament großzügig seinen Kameradenkreis bedacht. Ochensberger soll 140 000, Zündel 427 995 und Walendy 137 892 Namibia-Dollar erhalten. Wem die umfangreiche rechtsextreme Bibliothek von Wojaschek zugesprochen wird, wusste die Zeitung nicht mitzuteilen.

■ **Österreich (Wien)** – Am 3. September beginnt vor dem Wiener Landgericht das Verfahren gegen den Ex-FPÖ-Bezirksrat Wolfgang Fröhlich, der unter anderem wegen NS-Wiederbetätigung und Holocaustleugnung angeklagt ist. Um ihn und seine Familie finanziell zu unterstützen, ruft der Wiener

Edmund Eminger die rechtsextreme Szene zu Spenden auf: „Es ist unsere Pflicht und Schuldigkeit. Sein Kampf ist ja letztlich auch unser aller Kampf gegen die zweitgrößte Lüge der Weltgeschichte nach 'Erschaffung' des jüdisch-christlichen Wüstenzaubers.“ Eminger war früher bei der mittlerweile verbotenen Nationaldemokratischen Partei Österreichs (NDP) aktiv und tummelt sich heute im Umfeld der neonazistischen Arbeitsgemeinschaft für demokratische Politik (AFP).

■ **Ukraine (Kiew)** – Ein ukrainisches Gericht hat den amerikanischen Herausgeber eines populären Nachrichtenmagazins wegen Verleumdung verurteilt, nachdem dieses das Journal „Personnel“ der Interregional Academy for Personnel Management des Antisemitismus bezichtigt hatte. Die private Akademie hatte den amerikanischen Rechtsextremisten David Duke vor dessen Rückkehr in die USA die Ehrendoktorwürde verliehen und einschlägige Texte des umtriebigen Rassisten veröffentlicht. Bereits im vergangenen Jahr wurde der Akademie und „Personnel“ die stattliche Summe von circa 350 000 Euro zugesprochen, nachdem das gleiche Gericht festgestellt hatte, dass der in der Tageszeitung „Stolichniye Novosti“ erhobene Vorwurf des Antisemitismus verleumderisch und geschäftsschädigend sei. Der ehemalige Staatspräsident der Ukraine, Leonid Krawchuk, trat daraufhin aus dem Beirat der Akademie zurück.

■ **USA (Hayden, Idaho)** – Zur großen Überraschung sogar seiner Anhänger verkündete der greise Gründer der Aryan Nations, Richard Butler, seine Kandidatur für das Bürgermeisteramt der Stadt Hayden im Norden Idahos. Obwohl der schwer herzkrank 85-jährige Butler nach dem Verlust des Aryan Nations Anwesens im nahen Hayden Lake mehr als einmal für zumindestens politisch tot erklärt worden war, erschien er am 4. August persönlich im zuständigen Amt um die notwendigen Unterschriften zu leisten und die 40 Dollar Verwaltungsgebühr zu entrichten. Eigenen Angaben zufolge fühlt sich Butler in der Lage, das Bürgermeisternmandat auszufüllen, um „weiße christliche Werte“ in die Politik zurück zu bringen.

■ **USA (Indianapolis, Indiana)** – Gegen Einwanderung und „Dritte-Welt-Verhältnisse“ will die rechtsextreme Gruppierung National Socialist Movement (NSM) am 24. August in Indianapolis demonstrieren. Schauplatz der „white unity rally“ (Weiße-Einheits-Versammlung), zu der nach Angaben der Organisatoren etwa 100, zum Teil unifor-

Postvertriebsstück. Entgelt bezahlt

Adresse:

Berliner vorwärts Stresemannstr.30 10963 Berlin
PVST, DPAG, Entgelt bezahlt, A 13861 8
Heft 17/2003 Abo 401917
Antifaschistisches Pressearchiv und
Lausitzer Str. 10
10999 BERLIN

mierte Anhänger erwartet werden, soll das Parlamentsgebäude der Bundesstaatshauptstadt sein. Die Stadt wurde von der NSM auf Grund des wachsenden Zustroms mexikanischer Immigranten ausgewählt, die die weiße Bevölkerung zwingen würden, sich nicht-amerikanischen Kulturen anzupassen. Auf ihrer Website fordert die in Minnesota ansässige Gruppierung, die sich selbst als „amerikanische Nazi-Partei“ bezeichnet, alle rassenbewussten Patrioten zur Unterstützung auf. Bereits im letzten Monat hatten Anhänger der National Alliance Flugblätter mit fremdenfeindlichen Parolen in mehreren Stadtvierteln verteilt.

Impressum

Verlag:

Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-100, Fax 25594-192

Redaktion:

Gabriele Nandlinger (verantwortlich)
Stresemannstr. 30, 10963 Berlin
Telefon (030) 25594-174, Fax 25594-499
e-mail: nandlinger@bnr.de
Internet: <http://www.bnr.de>

Kommentatoren:

Ralf Bachmann (Berlin)
Heiner Lichtenstein (Köln)

Layout:

Heidemarie Lehmann

Herstellung:

Braunschweig-Druck GmbH, Ernst-Böhme-Str. 20
38112 Braunschweig

Abonnementverwaltung/Vertrieb:

Telefon (0 30) 2 55 94 - 130, Fax 2 55 94 - 199

Bankverbindung:

Postbank Berlin, BLZ: 10010010, Konto-Nr.: 673906-109
Erscheint 14-täglich, Bezug nur im Abonnement
Preis 75,00 Euro jährlich, inkl. Porto
Ermäßigt 43,00 Euro inkl. Porto
Probeabonnement (6 Hefte), Preis 13,00 Euro inkl. Porto.